

Unser Programm zur Kommunalwahl 2014

- Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 26.01.2014 -

**Gesundheit ist keine Ware –
auch nicht im Alter!**

http://www.dielinke-muc.de/politik/wahlen/wahlen_2014/

DIE LINKE.

Kreisverband München

INHALT

	Für ein solidarisches München – München für alle!	3
1	Armut bekämpfen – Reichtum Umfairteilen!	5
2	Arbeit und Wirtschaft – Mensch vor Profit!	8
3	Wohnen ist ein Grundrecht und kein Luxusgut!	12
4	Gesundheit ist keine Ware – auch nicht im Alter!	16
5	Mobil in München – ohne 2. Tieftunnel!	21
6	Ökologie und Energie – bezahlbar und für alle! Dem Tierschutz verpflichtet!	27
7	Bildung – ein Menschenrecht auch kommunal!	30
8	Geschlechtergleichstellung und queere Lebensweisen	35
9	München ist bunt – nicht braun!	37
10	Keine Waffen unterm Friedensengel!	42
11	(Hoch)Kultur nicht nur für G´spickte!	44
12	Netzpolitik – Kommunikation statt Überwachung!	47
13	Solide Finanzen für eine solidarische Stadt!	49
14	Gute Arbeit und gutes Leben – Mehr Demokratie bei der Planung!	51
15	„Mehr Demokratie wagen“ – gerade auch in unserer Stadt!	55
	Schlusswort und Ausblick	57

4 **Gesundheit ist keine Ware – Menschenwürde vor Gewinnmaximierung!**

„Gesundheit ist ein Zustand vollkommenen **körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens** und nicht allein das Fehlen von Krankheit und Gebrechen;“ (Definition der Weltgesundheitsorganisation, WHO).

Gesundheit ist demnach wesentlich mehr als die Behandlung von Krankheit. Der Wandel in der Gesundheitspolitik kann auch auf kommunaler Ebene begonnen werden. DIE LINKE. München kämpft im Stadtrat für ein soziales, vom Bedarf der Bürger*innen abgeleitetes Betreuungs-, Service- und Behandlungsangebot. Nicht der wirtschaftliche Aspekt soll im Mittelpunkt stehen, sondern Gesundheit, Würde und Mitbestimmung der Bürger*innen und der Mitarbeiter*innen. Dies geht nur über eine niederschwellige, dezentrale, wohnortnahe und vernetzte Versorgung in kommunaler Hand.

Der Wandel in der Bevölkerung stellt ein kommunales Gesundheitssystem vor neue Herausforderungen, denen es mit intelligenten Ideen entgegenzutreten heißt. Besonders die Anforderungen bei Armut (insbesondere Kinderarmut) in der Pflege, Prävention und Sucht sind zentrale Aufgaben, denen jedoch in der Vergangenheit zu wenig Beachtung geschenkt wurde.

Ziel einer Kommune ist nicht die High-Tech-Medizin. Der leicht zu erreichende, wohnortnah verfügbare Zugang zu bedarfsgerechter Versorgung in allen Bereichen der Medizin ist wichtig für das Gefühl der Bürger*innen, in ihrer Stadt gut versorgt zu sein.

Für gute medizinische Versorgung unabhängig vom Geldbeutel!

Krankenhäuser

DIE LINKE. verteidigt die öffentlichen Strukturen im Gesundheitswesen und tritt damit für den Verbleib von Kliniken und Gesundheitseinrichtungen in Besitz der Stadt München ein. Ausgliederungen und Lohndumping wird es mit der LINKEN nicht geben. Es ist auch eine Frage der Qualität gesundheitlicher Leistungen, wenn diese nicht der Profitorientierung und Sparzwängen unterworfen werden.

Deshalb fordert DIE LINKE. im Münchner Stadtrat:

- **Rekommunalisierung**
Rückführung der städtischen Kliniken und Einrichtungen von privatwirtschaftlichen in gemeinwohlorientierte Betriebe, ohne Auslagerung von Teilbereichen: Gesundheit ist kommunale Kernaufgabe!
- **Personalaufstockung**
in den pflegenden, medizinischen und kontrollierenden Bereichen, bei gleichzeitiger Erhöhung der eigenen Ausbildungszahlen. Diese Arbeitsverhältnisse müssen vorbildhaft in Lohnstruktur und Arbeitsbedingungen sein.
- **Transparenz und Mitbestimmung**
sowohl als Arbeitgeber als auch als Dienstleister muss die Stadt wegweisend sein.
- **städtisches Qualitätsmanagement**
sowohl personell als auch mandatorisch muss die Stadt ihrer Pflicht für die Bürger*innen nachkommen.
- **Ausbau der ambulanten Angebote**
ein niederschwelliger Eintritt in eine dezentrale, wohnortnahe und umfassende ambulante Versorgung des zeitgemäßen Bedarfs (besonders Hilfe in psychischen Krisen und bei Sucht) ist zu gewährleisten.
- **Abkehr vom Gigantismus!**
Die Neubaupläne der städtischen Kliniken sind unter sozialen Aspekten zu überdenken. Die städtischen Kliniken und das Angebot im Gesundheits-, Präventions- und Beratungsbereich muss sich nach den Wünschen der Bürger*innen richten und nicht nach den Plänen von „Greater-Munich“!

Vorsorgen und Versorgen mit innovativen Konzepten

Die frühzeitige Erkennung von Krankheiten ist das beste Mittel, um ihre Verbreitung einzudämmen und gesundheitliche Beeinträchtigungen frühzeitig zu behandeln. DIE LINKE. fordert daher, das anonyme und kostenlose Test-Angebot auf HIV und andere sexuell übertragbare Krankheiten im Referat für Umwelt und Gesundheit langfristig zu erhalten. Kooperationen mit dem Münchner SUB e. V. und der Münchner Aids-Hilfe e.V., mit dem Ziel, ein niederschwelliges Testangebot innerhalb der Hauptbetroffenengruppe von HIV zu machen, unterstützen wir nachdrücklich und fordern deren Ausbau.

Die Datengrundlage zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in der Stadt in Abhängigkeit vom sozialen Status muss verbessert werden. Die Stadt ihrerseits muss alles dafür tun, die verheerenden Folgen zunehmender Kinderarmut entschieden zu bekämpfen. Gesundheitliche und soziale Dienstleistungen der Stadt müssen für die Benachteiligten ausgebaut werden, einfach erreichbar und nutzbar sein. Dies kann zum Beispiel durch Hausbesuche geschehen. Bis vor einigen Jahren waren in München Hausbesuche von Kinderkrankenschwestern bzw. Hebammen nach der Geburt jedes Kindes Standard. Heute geschieht dies in der Regel nur bei Familien in „sozialen Brennpunkten“ und bei Migrant*innen aus bestimmten Herkunftsländern. DIE LINKE. tritt dafür ein, dass diese Hausbesuche wieder obligatorisch werden. Damit wird zum einen der Anschein der Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen vermieden. Zum anderen brauchen auch deutsche Eltern aus besseren Gegenden oft Rat und Hilfe. Ziele der Hausbesuche: Beratung der Eltern bei Fragen zu Versorgung, Vorsorgeuntersuchungen, Ernährung usw. sowie die frühzeitige Erkennung von Problemsituationen, die weitere Hilfestellung durch die Sozialbürgerhäuser erforderlich machen.

Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche müssen verbessert werden und für finanziell schwache Familien bezahlbar sein. Asylsuchenden Migrant*innen und ihren Kindern muss Zugang zu medizinischer Versorgung gewährt werden, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus. Langfristig fordert DIE LINKE. die Versorgung aller Kinder und Jugendlichen mit einem gesunden, kostenlosen Frühstück und Mittagessen in Kindergärten und Schulen. Mit dieser Maßnahme kann die Stadt die Chancen armer Kinder auf eine gesunde Kindheit wesentlich verbessern.

Selbstbestimmung und Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Wir unterstützen und fördern die Behindertenverbände und -vertretungen in ihren Forderungen nach Eigenverantwortlichkeit unter Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Betroffenen. Menschen mit Behinderungen sind Fachleute in eigener Sache ("Inklusion von unten"). Der Ausgleich von Nachteilen aufgrund von Behinderungen ist eine öffentliche Aufgabe ("Inklusion von oben"). Solidarität mit den Menschen mit Behinderungen ist für uns unverzichtbar und zukunftsweisend - wir wollen keine genetische Auslese sondern respektieren Vielfalt, die Menschenwürde stärkt und erhält. Politik mit und für Menschen mit Behinderung ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle gesellschaftlichen Bereiche darstellen muss und nicht nur im Bereich Gesundheit!

DIE LINKE steht für:

- die Umsetzung der Pflicht zu konkreten Umsetzungsplänen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen unter deren Mitwirkung,
- die Beseitigung von Barrieren und den Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile für alle Menschen mit Behinderungen (körperlich, geistig und psychisch),
- die barrierefreie Gestaltung aller Neu-, Um- und Anbauten im öffentlichen Bereich Münchens und
- die Verpflichtung, Behindertenbeiräte zu bilden oder eine(n) Betroffene(n) als Behindertenbeauftragte(n).

Schutz und Hilfe für psychisch kranke Menschen

Unsere Solidarität mit als "psychisch krank" definierten Menschen ist unverzichtbar. Andere Länder (z.B. Finnland, England) zeigen, dass psychiatrische Versorgung wesentlich menschenwürdiger als bei uns und unter klarer Mitwirkung der Betroffenen gestaltbar ist. Auch auf kommunaler Ebene kann man hier wegweisend Hilfe und Unterstützung anbieten durch die Einrichtung unabhängiger trialogisch arbeitender Beschwerdestellen.

DIE LINKE. fordert zudem niederschwellige Anlaufstellen, Ausweitung der ambulanten Versorgung durch sozialpsychiatrische Dienste und betreutes (Einzel)wohnen, weg von der zentralen und fast obligatorischen Klinikversorgung hin zum Ausbau der Angebote wie „Soteria“, (eine alternative stationäre Behandlung von Menschen in psychotischen Krisen) oder „Atriumhaus“ (Anlaufstelle für Menschen in seelischer Not), bevorzugt in öffentlicher Hand, sowie das Recht auf Selbstbestimmung.

Drogen

Drogenabhängigkeit ist ein zunehmendes Problem für die städtische Gesellschaft. DIE LINKE. Setzt hier auf Prävention durch Aufklärung im Rahmen der Jugend- und Bildungsarbeit. Gleichzeitig unterstützen wir Hilfsangebote für Drogenkonsument*innen. Jeder Versuch der Kriminalisierung ist kontraproduktiv, wenn es darum geht, Drogenabhängigen Angebote zur Substitution oder zum Entzug zu machen. Wir verurteilen die Blockade der Bayerischen Staatsregierung bei der Einrichtung von Druckräumen, in denen Drogen intravenös unter ärztlicher Aufsicht konsumiert werden können. Diese Weigerung wird nicht allein mit lebensbedrohlichen Gesundheitsrisiken der Abhängigen erkauf, sondern auch mit der Gefährdung öffentlicher Räume wie Parks oder Spielplätzen durch gebrauchte Spritzen bezahlt.

Die Linke befürchtet, dass die Weigerung der städtischen „Koordinierungsstelle Sucht“, statistische Daten über das Ausmaß der Drogenabhängigkeit bekannt zu geben, der Verschleierung eines Problems dient, das sich bereits rasant ausgebreitet hat. Daher fordern wir von der Koordinierungsstelle, diese Daten umgehend publik zu machen. Die LINKE. fordert dezentrale, niederschwellige und umfassende Anlaufstellen für alle Teilbereiche der Sucht: sei es Alkohol, Tabletten, Spiel oder illegale Drogen: nicht kriminalisieren, Hilfe anbieten!

Selbstbestimmtes Leben im Alter

Rentnerinnen und Rentner wollen und sollen ihr Leben im Alter weiterhin selbstständig gestalten und so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung bleiben, ohne zu vereinsamen. Daher sind Wohnformen zu fördern, die ein Leben auch im Alter zu Hause und die Unterstützung in den alltäglichen Dingen ermöglichen, wie beispielsweise Mehrgenerationenhäuser oder Senioren-Wohngemeinschaften. Betreute dürfen nicht finanziell ausgenutzt oder ohne Notwendigkeit in ein Heim abgeschoben werden.

Geriatrischen Patientinnen und Patienten müssen alle individuell notwendigen fachspezifischen Versorgungsangebote – von ambulant bis stationär – für alle Phasen der Erkrankung wohnortnah zur Verfügung stehen. Niederschwellige Betreuungsangebote sollen ausgebaut werden, der Pflegeschlüssel in Krankenhäusern und Alten- und Pflegeheimen erhöht werden, so dass für zwanzig pflegebedürftige Menschen mittelfristig zehn Pflegekräfte eingesetzt werden. Dabei sollen alle Pflegekräfte eine angemessene und dem öffentlichen Dienst vergleichbare Entlohnung erhalten.

Armut

Die Definition der WHO schließt ausdrücklich das soziale Wohlbefinden mit in ihre Gesundheitsdefinition ein. Menschen, die arm sind oder an der Armutsgrenze leben, leiden an mangelnder sozialer Teilhabe, leben kürzer und werden häufiger körperlich oder psychisch krank.

Deshalb fordert DIE LINKE

- die Stärkung des München-Passes: auch verbilligt sind die Angebote des München-Passes für die meisten nicht erschwinglich, deshalb plädieren wir für Kostenfreiheit, inklusive des ÖPNV. Zudem fordern wir einen niederschweligen Zutritt für alle, die nach den Parametern des internationalen Armutsbegriffs als arm gelten, selbst wenn sie nicht Hartz IV beziehen;
- (um der zunehmenden Kinderarmut entgegenzuwirken) kostenlose Schul- und Kindergartenspeisung morgens und mittags, kostenlose kommunale Sport- und Freizeitangebote und freien Eintritt in Sportstätten und Bäder (auch begleitet) sowie kostenlose Benutzung des ÖPNV;
- langfristig die Versorgung **aller** Kinder und Jugendlichen mit einem gesunden und kostenlosen Frühstück und Mittagessen in Kindergarten und Schule, Kinderkrippen und Hort. Mit dieser Maßnahme kann die Stadt die Chancen armer Kinder auf Gesundheit wesentlich verbessern;

- Ambulanzen für nicht versicherte Menschen, Asylbewerber und Illegale mit medizinischer Grundversorgung, Zahnbehandlung, Ernährungsberatung, Impfen, HIV-Test, und Infektions-Test (bzgl. Hepatitis-B-Virus). Asylsuchenden Migrant*innen und ihren Kindern muss Zugang zu medizinischer Versorgung gewährt werden, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus;
- Einrichtung eines Hausbesuchssystems für das gesamte Hilfsangebot (Neugeborene, Familien, Brennpunkte);
- Streetworker: die Stadt muss als Helferin sichtbar werden!
- Einrichtung von Kaffeestuben / Stadteilcafés mit Essensangeboten für Bedürftige
- Städtische Sozialwohnungen sanieren: sie sind oft kalt, feucht und von Schimmel befallen. Hier besteht eine besondere Fürsorgepflicht der Stadt. Städtische Sozialwohnungen müssen saniert werden, um die Belastungen durch Emissionen bei einem hohen Energieverbrauch zu reduzieren und Gesundheitsgefährdungen durch Feuchtigkeit und Schimmelbildung zu vermeiden.

Weitere Forderungen mit Einfluss auf die Gesundheit

- DIE LINKE. in München fordert die Möglichkeit der Sperrung des Stadtgebiets für den Schwerlastverkehr, um Grenzwertüberschreitungen bei der gesundheitsschädlichen Feinstaubbelastung zu verhindern. Wir appellieren an die Regierung von Oberbayern und die bayerische Staatsregierung, endlich ihre Blockadepolitik aufzugeben;
- stärkere Kontrollen bei Flug- und Verkehrslärm; keine Aufhebung des Nachflugverbots am Münchner Flughafen;
- wieder mehr öffentliche Papierkörbe, auch zur Entsorgung von Hundekottüten und wieder mehr öffentliche Toiletten;
- verbesserte Beleuchtung der Wege in öffentlichen Parkanlagen, z.B. im Luitpold-Park.

Das Angebot der Stadt richtet sich danach, was von den Bürger*innen gewünscht wird. Vorstellbar sind Beratungsstellen, Hotlines, Zweitmeinung, umfassende Aufklärung, zentrale Informationsstelle, Beschwerde- und Moderatorenstelle (auch gegen die Krankenversicherung), dezentrale Bürgerbüros oder ein Bürger*innen-Begleitservice.

Älter werden in München

Die Gruppe der „Senioren“ in München ist keine homogene Gruppe. Es gibt die, die aktiv ihren Ruhestand genießen, aber auch Senior*innen, die krank oder behindert sind; es gibt die Gruppe der Hochbetagten, die Senior*innen mit einer guten Rente und leider auch die immer stärker wachsende Gruppe der Rentner*innen, die in Armut leben müssen. So verschieden die Menschen sind, so unterschiedlich muss auch die städtische Politik darauf reagieren.

DIE LINKE. München fordert:

- **Altersarmut bekämpfen** (siehe dazu auch Kapitel 1 „Armut bekämpfen ...“) Immer mehr Menschen in München leben im Alter von der Grundsicherung. Diese ermöglicht jedoch kein würdiges Leben im Alter. Der um 20,- Euro erhöhte Grundsicherungsbetrag, den die Stadt ausbezahlt, weist zwar in die richtige Richtung, ist aber viel zu gering. Insbesondere Arzneimittel und medizinische Hilfsmittel können oft nicht finanziert werden. Eine auskömmliche Mindestrente ist der einzige Weg, die rasant steigende Altersarmut zu bekämpfen.

- **Wohnraum erhalten** (siehe dazu auch Kapitel 3 „Wohnen ist ein Grundrecht ...“)
Für älter werdende Menschen ist der Erhalt des gewohnten Umfeldes wichtig. Städtische Förderprogramme zum altersgerechten Umbau der Wohnungen können helfen, dieses gewohnte Umfeld zu sichern. Angebote der städtischen Wohnungsbaugesellschaften zum Verbleib im Viertel („Wohnen im Viertel“ bzw. „Wohnen mit Service“) müssen weiter ausgebaut werden. Mietsteigerungen, die Senioren aus ihren Wohnungen vertreiben, sollte die Stadt ausgleichen, solange diese nicht verboten werden können. Zwangsräumungen von Senior*innen müssen verhindert werden.

Um Senior*innen auch mit Pflegestufen das Wohnen in der angestammten Umgebung so lange wie möglich und gewünscht zu ermöglichen, ist ein Ausbau von ambulanten Pflegeeinrichtungen und Pflegediensten unumgänglich. Hierzu soll die Stadt München auch Ansprechpartner bei der Vermittlung dieser Dienste sein.

- **Pflegeeinrichtungen strikt kontrollieren**
Mit der städtischen Beschwerdestelle für Missstände im Pflegebereich ist die Stadt bereits auf dem richtigen Weg. Hier darf keinesfalls gespart werden. Die Pflegeeinrichtungen und auch die ambulanten Pflegedienste müssen regelmäßig und unangekündigt kontrolliert werden, um eine menschenwürdige Behandlung der alten Menschen zu gewährleisten. Die städtischen Einrichtungen der Münchenstift GmbH sollen Vorreiter sein in Bezug auf „Gute Pflege“ und einer interkulturellen Ausrichtung der Pflegeeinrichtungen.
- **Nahversorgung sichern**
Die Stadt muss sich dafür einsetzen, dass in allen Wohnquartieren eine fußläufig erreichbare Nahversorgung für den täglichen Bedarf erhalten bleibt oder auch neu entsteht. Alten-Service-Zentren sollen in allen Stadtbezirken erhalten bleiben bzw. teilweise auch neu aufgebaut werden. Da auch die Münchner Bevölkerung älter wird, sollte das Netz enger geknüpft werden.
- **Mobilität ermöglichen** (siehe dazu auch Kapitel 5 „Mobil in München ...“)
Der Abbau von Barrieren im öffentlichen Raum fördert die Nahmobilität, ein gut ausgebauter öffentlicher und barrierefreier Personennahverkehr ist wichtige Voraussetzung für eine Teilnahme der Senior*innen am gesellschaftlichen Leben. Hier ist die Stadt zwar schon weit gekommen, aber es gibt auch noch Verbesserungsbedarf. Die Fahrplanaushänge beispielsweise müssen in größerer und kontrastreicherer Schrift gestaltet werden. Die Tarife für Seniorinnen und Senioren im ÖPNV sollen weiter reduziert werden.

Die neue Möglichkeit, mittels eines Mobiltelefons den Fahrpreis für ein öffentliches Verkehrsmittel zu entrichten ist sicher für einige eine innovative Neuerung. Das darf jedoch nicht dazu führen, dass Verkaufsstellen für Fahrkarten bzw. Fahrscheinautomaten weiter reduziert werden.

Die Einführung von Busanhängern führt zu keinem verbesserten Angebot für Menschen, die bewegungs-eingeschränkter sind, da diese Anhänger von ihnen schlechter nutzbar sind. Eine Ausweitung des 10 Minuten-akts auf weitere Bus- und Trambahnlinien rückt damit jedoch in weitere Ferne. Dieser Ausbau wäre jedoch für die Gruppe der älter werdenden notwendig, um weiter mobil zu bleiben.

Um die Benutzung der Fußwege auch für Senior*innen mit Gehhilfen und Rollstühlen ohne Probleme zu ermöglichen, ist es notwendig, Gehwege von geparkten Kraftfahrzeugen (incl. Motorrädern und Rollern), aber häufig auch von Fahrrädern und anderen abgestellten Hindernissen zu „befreien“. Darüber hinaus ist es unumgänglich, gegen die „Unsitte“ des Fahrradverkehrs auf Gehwegen anzugehen.

- **Älter werdende Migrant*innen** (siehe auch Kapitel 9 „München ist bunt“ ...).
Mindestens eines der geplanten Alten- und Servicezentren muss ein internationales ASZ werden. Es müssen Modellprojekte entwickelt und gefördert werden, die multireligiöse und mehrsprachige ambulante Pflege anbieten. Dies fordert die Einsetzung einer Planungsgruppe, um den Bedarf für muttersprachliche Seniorenwohngemeinschaften und muttersprachliche stationäre Demenzpflege zu überprüfen. Um die Gesundheit älterer Menschen zu fördern und zu erhalten, unterstützt DIE LINKE die Einrichtung von Mehrgenerationenspielplätzen in München, sofern sichergestellt ist, dass diese Spielplätze nicht verwüstet werden. Diese öffentlichen Anlagen werden mit unterschiedlichen, speziellen Spielgeräten ausgestattet und können von Jung wie Alt und auch von Menschen mit Behinderung genutzt werden. Sie dienen nicht nur dem Vergnügen, sondern steigern auch das körperliche Wohlbefinden, gerade älterer Menschen.

Unsere Kandidat*innen zur Stadtratswahl

Platz	Nachname	Vorname	Platz	Nachname	Vorname
1	Wolf	Brigitte	41	Jenkner	Beate
2	Oraner	Cetin	42	Lüle	Oguz
3	Grimm	Alexandra	43	Mittermaier-Mühldorfer	Rosi
4	Pollok	Florian	44	Klee	Hans Georg
5	Fingert	Annemarie	45	Hübner	Dania
6	Lohmüller	Jürgen	46	Schlund	Florian
7	Vetter	Evelyn	47	Liebel	Daniela
8	Tepperies	Jan	48	Keller	Johannes
9	Fritsche	Nicole	49	Selke	Marianne
10	Pingel	Clemens	50	Greger	Günter
11	Killet	Julia	51	Epple	Ursula
12	Bourguignon	Eric	52	Schmidl	Hermine
13	Hahn	Elke	53	Thon	Ruth
14	Schamberger	Kerem	54	Woldt	Christian
15	Schreiber	Eva	55	Reichardt	Christine
16	Listl	Walter	56	Hintze	Henning
17	Schmid	Sonja	57	Wurtz	Anja
18	Schreer	Claus	58	Stigge	Roland
19	Füllgraf	Helene	59	Varchmin	Ursula
20	Koplin	Sebastian	60	Krense	Tino
21	Enderlein	Ellen	61	Längsfeld	Susanne
22	Steininger	Maximilian	62	Schütz	Bernhard
23	Padovan	Elfi	63	Schönberger	Agatha
24	Ischinger	Karl	64	Schoofs	Walter
25	Keller	Ellen	65	Lazarovicz	Doris
26	Utz	Erich	66	Werner	Markus
27	Fingert	Diana	67	Högemann	Jörg
28	Bornemann	Klaus-Dieter	68	Kunze	Alfons
29	Weber	Claudia	69	Waschkau	Hans
30	Rehberg	Frank	70	Mosner	Reinhard
31	Städele	Michaela	71	Müller-Naendrup	Renee
32	Delkos	Pavlos	72	Lux	Wolfgang
33	Städele	Judith	73	Bravmann	Felix
34	Sedlmaier	Hans	74	Blaschka	Wolfgang
35	Tögel	Helga	75	Schuhmann	Werner
36	Baretta	Alessandro	76	Michl	Bernhard
37	Weiss	Kerstin	77	Albrecht	Jens
38	Papadimitriou	Aris	78	Karich	Hans-Günter
39	Greger	Karin	79	Koether	Ernst
40	Pürzel	Harald	80	Brym	Maximilian